

# Jetzt ist die Zeit zur Abrüstung taktischer Atomwaffen

Während die USA und Russland über weitere Schritte zur Reduzierung ihrer strategischen Atomwaffen verhandeln, bietet sich eine historisch einmalige Gelegenheit, auch die nuklearen Kurzstreckenwaffen zurückzuziehen, zu reduzieren und letztendlich abzurüsten.

Mehrere Entwicklungen machen echte Schritte zur Reduzierung der besonders destabilisierenden taktischen Gefechtsfeldwaffen nicht nur notwendig sondern auch möglich:

- das Ziel einer atomwaffenfreien Welt erfährt weltweite Unterstützung,
- die Obama-Administration erkennt die Bedeutung einer Reduzierung der Rolle von Atomwaffen in der Sicherheitspolitik an,
- die NATO will im November ein neues Strategisches Konzept verabschieden,
- auf der gegenwärtig stattfindenden Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) in New York werden die von taktischen Atomwaffen ausgehenden Gefahren so intensiv debattiert wie nie zuvor.

Alle Mitgliedstaaten des NVV haben die Verpflichtung, zu dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt beizutragen, indem sie die Bedeutung der nuklearen Abschreckung vermindern. Eine Einigung auf die Abrüstung taktischer Atomwaffen würde erleichtert, wenn die NATO entscheiden würde, die noch in Europa verbliebenen und militärisch überflüssigen taktischen Atomwaffen der USA abzuziehen und auf anderem Wege Sicherheit in und für Europa zu garantieren. Ein solche Entscheidung wäre zudem ein sichtbarer und bedeutsamer Schritt auf dem Weg zu einer Abschaffung aller Atomwaffen.

Die NATO-Staaten selbst müssen über die Zukunft der US-Atomwaffen in Europa sowie der Politik der nuklearen Teilhabe entscheiden. Allerdings haben viele NVV-Mitgliedstaaten auf der Überprüfungskonferenz klar gemacht, dass sie die Reduzierung und Vernichtung taktischer Atomwaffen als ein Problem von hervorgehobener Bedeutung sehen. Die nukleare Teilhabe schwächt den Zusammenhalt der NVV-Mitglieder, weil sie eine Klasse von „quasi-Atomwaffenstaaten“ schafft. Zudem kritisiert die Mehrzahl der NVV-Mitglieder die nukleare Teilhabe der NATO, weil sie zu mindestens dem Geist des Vertrags widerspricht und die Glaubwürdigkeit des im Vertrag angelegten Gegengeschäfts untergräbt.

Die Vereinigten Staaten sind der einzige Staat, der noch Atomwaffen außerhalb seines Territoriums stationiert. Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und die Türkei sind die einzigen Nicht-Atomwaffenstaaten die formell einer Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Staatsgebiet zugestimmt haben. Diese Stationierungspraxis ist ein Relikt des Kalten Krieges, für das es keine strategische Begründung mehr gibt.

Zudem sind taktische Atomwaffen ein Sicherheitsrisiko. Viele dieser Waffen sind klein und sie sind so weit verbreitet, dass sie besonders leicht entwendet und zum Einsatz gebracht werden könnten, zum Beispiel durch Terroristen.

Russland besitzt auch Atomwaffen kurzer Reichweite. Wie im Falle der NATO, hat die Verfügungsgewalt über diese Waffen sicherheitspolitische Auswirkungen, die weit über jedes Gefechtsfeld hinausreichen, für dessen Einsatz diese Waffen vorgesehen sind. Wie alle NVV-Staaten trägt Russland Verantwortung, an einer Lösung des Problems mitzuwirken, indem es auf der Überprüfungskonferenz Ansätze unterstützt, die die Reduzierung und Abrüstung dieser Waffen zum Ziel haben und indem es sich verpflichtet, solche Atomwaffen, die an den Grenzen zur NATO stationiert sind, sofort und überprüfbar zurückzuziehen.

Die NVV-Mitgliedstaaten lassen auf dieser Überprüfungskonferenz der Abrüstung der besonders destabilisierenden taktischen Atomwaffen besondere Aufmerksamkeit zukommen. Wir begrüßen dies und möchten zu den gegenwärtigen Beratungen beitragen, indem wir eine Reihe von Schritten vorschlagen, die NVV-Mitglieder unternehmen können, um auf dem Weg zu einer Lösung des Problems voranzukommen.

Wir fordern alle NVV-Mitgliedsstaaten – NATO-Staaten und nicht-NATO-Staaten – auf

- die „verminderte Rolle von Kernwaffen in der Sicherheitspolitik“ zu bekräftigen, insbesondere in Bezug auf taktische Atomwaffen, die für den Gefechtsfeldeinsatz entwickelt wurden;
- zu erklären, dass die Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium anderer Staaten, insbesondere auf dem Gebiet von Nicht-Atomwaffenstaaten, Bemühungen um die Kontrolle und Abrüstung von Atomwaffen untergräbt; dass Staaten auf die Beendigung der nuklearen Teilhabe bis zum Jahr 2015 hinarbeiten sollten und über entsprechende Fortschritte auf der nächsten Überprüfungskonferenz berichten sollten;
- zu erklären, dass die Bestimmungen des NVV unter allen Umständen und gleichermaßen in Friedens- und Kriegszeiten bindend sind,
- anzuerkennen, dass NVV-Mitgliedsstaaten ernsthafte Bedenken dagegen vorgebracht haben, dass die nukleare Teilhabe mit dem NVV konform ist und dass in Bezug auf diese Fragen seit den 1960er Jahren unterschiedliche Rechtsauffassungen existieren, die nicht mehr als Legitimation für die fortgesetzte Stationierung von US-Atomwaffen auf dem Gebiet von Nicht-Atomwaffenstaaten, die dem NVV angehören, dienen können;
- fordern die Atomwaffenstaaten auf, alle Atomwaffen auf ihr eigenes Staatsgebiet zurückzuziehen; Bestände taktischer Atomwaffen in zentralen und sicheren Lagern zu konzentrieren; solche Einrichtungen zur Vertrauensbildung internationalen Transparenz- und Überprüfungsmaßnahmen zu öffnen und alle taktischen Atomwaffen schnellstmöglich zu vernichten.

Lisa Clark, Beati I contruttori di pace (Blessed Are the Peacemakers), Italien

Dr. Ian Davis, NATO Watch, Großbritannien

Jonathan Frerichs, CCIA/World Council of Churches

Regina Hagen, International Network of Engineers and Scientists against Proliferation (INESAP)

Xanthe Hall, deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)

Paul Ingram, British American Security Information Council, Großbritannien

Dr. Rebecca Johnson, Acronym Institute for Disarmament Diplomacy, Großbritannien

Daryl Kimball, Arms Control Association, USA

Hans Lammerant, Vredesactie (Belgien)

Hans Kristensen, Federation of American Scientists, USA

Dr. Oliver Meier, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH), Deutschland

Dominic Moran, Greenpeace International

Nickolas Roth, Alliance for Nuclear Accountability

Susi Snyder, IKV Pax Christi, Niederlande